Betreff: Absage Fest der Freiheit 2008 / Rücküberweisung Zuwendung

Datum: Mittwoch, 14. Mai 2008 09:18

Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.
RAG Rhein-Ruhr West
c/o Wolfgang Braun (Koordinator)
Johanniterstr. 13
47053 Duisburg
0203 / 66 20 90

Sehr geehrter Herr ...

wie ich Ihnen schon fernmündlich am 21. April 2008 mitgeteilt habe, sahen wir uns gezwungen, das diesjährige "Fest der Freiheit" aus organisatorischen Gründen abzusagen. Wir werden von daher unsere Geschäftsstelle in Berlin bitten, Ihnen die angewiesene Zuwendung zurückzuüberweisen. Wie besprochen werden wir im Anschluß an das Treffen im September den Zuschuß neu beantragen.

Zu den Gründen sei in aller Kürze nur Folgendes ausgeführt:

Die RAG Rhein-Ruhr West von GV-FD e.V. hatte im Ausgangspunkt nie beabsichtigt, eine solche Veranstaltung selbst durchzuführen. Im Gegenteil waren wir davon ausgegangen, daß eine solche Anstrengung nur von weit konsolidierteren Strukturen ("Großorganisatoren") bewältigt werden kann. Bei der politischen Durchsetzung der zugrundeliegenden Idee (quasi-ehrenamtliches Engagement für die Verfassungsordnung) stellte sich jedoch heraus, daß zur Durchsetzung des unter Gesichtspunkten der politischen Bildung unverzichtbaren Low-Budget-Konzeptes gerade Großorganisationen als Träger ungeeignet sind und das federführende Engagement einer organisatorisch relativ schwachen Vereinigung zur Akzeptanz der ungewöhnlichen Konditionen auf allen Seiten unverzichtbar ist.

Da schon aus vereinsrechtlichen Gründen größere Vorschüsse seitens unserer Bundesebene ausgeschlossen waren, konnten ernsthafte Anstrengungen zur Umsetzung bisher immer erst begonnen werden, wenn die Bewilligung von Ihrer Seite vorlag. Dies hat sich als eine zeitliche Rahmenvorgabe herausgestellt, unter der wiederum eine solche Veranstaltung organisatorisch von einer Kleinorganisation nicht seriös vorbereitet werden kann.

In concreto bedeutete dies für die diesjährigen Anstrengungen: Die Fortschritte, die im Vorjahr erzielt werden konnten, machten sich dergestalt bemerkbar, daß auf der Finanzierungsseite eine bedeutend günstigere Ausgangssituation geschaffen und auch ein Programm (mit leichten qualitativen Abstrichen) wieder zusammengestellt werden konnte, jedoch wiederum zwei Problembereiche frühzeitig erkennbar wurden: Erstens waren aufgrund des späten Zeitpunktes abermals Probleme bei der Ansprache der politischen Prominenz gegeben, zweitens wurden Engpässe bei der Rekrutierung von Helfern durch Mehrfachbelastungen von deren Seite erkennbar. Auf diesem Hintergrund hielten wir es nicht für sinnvoll, mit öffentlichen Mitteln und dem Engagement von Ehrenamtlern vabanque zu spielen und hierdurch eine Durchführung im Jahre 2009 (60 Jahre Grundgesetz / der Jubiläumstag fällt auf einen Samstag) zu gefährden.

Wir trafen daher mit den Akteuren eine Vereinbarung, die Zusagen aus dem Jahre 2008 auf das Jahr 2009 zu übertragen, und dies als Grundstock für eine erstmalig mögliche frühzeitige Vorbereitung zu nutzen und so eine Durchführung im Jubiläumsjahr zu sichern.

Ein entsprechendes Planungstreffen wird schon am 11. September 2008 stattfinden.

Mit bestem Dank für Ihr Verständnis

Wolfgang Braun